ROTE KOMMENTARE

25.6.70

Herausgegeben vom Sozialistischen Deutschen Studentenbund, Heidelberg

Verantwortlich im Sinne des Presserechts: R. Heß, c/o Asta, Grabengasse 14

Druck: J. Noth

Kurzarbeit bei der Schnellpresse.

Seit einigen Wochen ist die Arbeitszeit bei der Firma Schnellpresse gekürzt. Aber von Kurzarbeit könne keine Rede sein, meinte Kollege Fischer von der IG-Metall-Ortsverwaltung; denn Kurzarbeit müsse vom Ausschuss des Arbeitsamtes genehmigt werden, und da sitzt ja der Kollege Bock von der IGM drin. Da ist auch kein Antrag auf Kurzarbeit von der Firma Schnellpresse gestellt worden.

Bei der Firma Schnellpresse wird also kürzer gearbeitet ohne Kurzarbeit. Seit Jahren machen die Arbeiter und Angestellten bei der Firma Schnellpresse Überstunden; das ist schon Gewohnheitsrecht geworden. Seit Jahren sind die Arbeiter der Firma Schnellpresse gezwungen, Überstunden zu machen, weil der Lohn einer 40-Stunden Woche nicht ausreicht, um anständig leben zu können. Jetzt aber können sie nur noch 40 Stunden arbeiten und erhalten dementsprechend weniger Lohn.

Zwar hat der Betriebsrat ausgehandelt, dass die abgebauten Überstunden auf einige zusätzlich zum Wochenende freien Tage gelegt werden, sodass weiter Überstunden gemacht werden und dafür einige Feierschichten eingelegt werden. Diese Regelung - Feierschicht mit Überstunden - hat der Betriebsrat gegenüber der Unternehmensleitung ausgehandelt, um den Lohnabbau ein wenig zu verringern. Die Betriebsleitung wollte einfach die täglichen Überstunden, die ja höher entlohnt werden, abschaffen. Der Betriebsrat hat ausgehandelt, was bei Verkürzung der Arbeitszeit möglich war und damit auch die Berechnung der Ferienvergütung etwas angehoben.

Den besseren Schnitt macht aber die Betriebsleitung. Denn insgesamt ist trotz dieser Regelung durch den Betriebsrat der gesamte Lohn geringer und auch die Ferienvergütung, die ja nach dem Verdienst der letzten sechs Wochen berechnet wird, gekürzt. Obwohl die Ferien für das gesamte letzte Arbeitsjahr sind, in dem ja noch voll und mit Überstunden gearbeitet wurde, wird die Ferienvergütung nur nach den letzten sechs Wochen berechnet. Die Feierschichten verkürzen auch das Ferienentgelt. Eine weitere Regelung trifft einen Teil der Arbeiter und Angestellten nachteilig. Die Feierschichten werden auf den noch ausstehenden Ferienanspruch angerechnet.

Die Ferien werden dadurch zerstückelt, was besonders die ausländischen Arbeiter trifft, die auf zusammenhängende Ferien angewiesen sind, um heimfahren zu können und auch die deutschen Arbeiter und Angestellten, die mit Familie verreisen wollen.

Die Absatzschwierigkeiten der Firma Schnellpresse müssen also in erster Linie die Arbeiter und Angestellten ausbaden. Das Unternehmerrisiko müssen die Lohnabhängigen tragen.

Weniger Lohn - gleiche Profite

Die Firma Schnellpresse produziert zu 90% für den Export. Die Krise von 1966/67 wurde dadurch beseitigt, dass der Export vom Staat subventioniert wurde und die Löhne niedrig gehalten wurden. Von dieser Krisenpolitik haben nur die Unternehmer profitiert, während die Arbeiter die Krise voll ausbaden mussten. Die Firma Schnellpresse hat im Krisenjahr und in den Jahren darauf ihre Profite gewaltig erhöht und enorme Investitionen tätigen können. Die Löhne der Arbeiter konnten auch im Konjunkturjahr 1969 nicht die Profite der Unternehmer aufholen, da die Gewerkschaften dem Stillhalteabkommen mit Staat und Unternehmern in der Konzertierten Aktion beigetreten waren. Wie immer in der Hochkonjunktur bauen die Unternehmer mit ihren Profiten gewaltige Produktionskapazitäten auf, die teilweise brachliegen, wenn die Nachfrage wieder sinkt. Die Schnellpresse

INHALT:

Kurzarbeit bei der Schnellpresse S. 1

Die Unfälle am Heidelberger Rangierbahnhof. S. 2

Offener Brief an die Bundesbahn S. 3

Zundels Polizisten schützen die Faschisten S. 5

Demonstration gegen die Chefplaner der Asubeutung u. Unterdrückung in der Dritten Welt S. 6

Wer ist an einer Panikmache interessiert S. 8

DGB verurteilt demokratische Proteste S. 9

Jugendversammlung in der Schnellpresse S. 9

muss schon zu Beginn abnehmender Nachfrage ihre Produktion einschränken, da sie fast nur nach Auftrag arbeitet und die Kosten für grössere Lagerhaltung einsparen will. In Amerika ist die Wirtschaftskrise schon weiter fortgeschritten. In Frankreich hat die Regierung den Franc abgewertet, um den eigenen Export zu begünstigen. Für einen Franc erhält man weniger deutsche Mark. Deutsche Maschinen werden also in Frankreich teuerer. Die Auf — wertung der DM wirkt zusätzlich auf eine Verteuerung der Exporte. Die Schnellpresse exportiert zu 90 %. Der Hauptteil der Exporte geht nach Frankreich und Amerika. Die Schnellpresse hat also Absatzschwierigkeiten und muss ihre Produktion einschränken. Das heisst, die Arbeiter können weniger arbeiten und erhalten weniger Lohn. Allerdings sind die Kosten für Maschinen, die nicht ausgelastet werden, relativ grösser. Absolut geringer aber sind die Lohnkosten bei Kurzarbeit. Bedenkt man, dass die Lohnkosten aber viermal so gross sind, wie die fixen Kosten für Maschinen, so zeigt sich, dass die Arbeiter bei Kurzarbeit viermal mehr Lohn verlieren als den Unternehmern Kosten durch nicht ausgelastete Maschinen entstehen. Das aber kann die Schnellpresse leicht verkraften, während die Arbeiter jede Lohnkürzung unmittelbar am eigenen Leib spüren. Das sogeannte Unternehmerrisiko tragen also allein die Arbeiter. Trotz Kurzarbeit wird der Investitionsplan der Schnellpresse nicht gekürzt. Die Schnellpresse kann weiter ihre Profite steigern und ihren Aktionären weiterhin wie eh und jeh 6,4 Millionen DM zahlen.

Womit ist für die nächste Zeit zu rechnen?

In der ganzen Bundesrepublik zeigt sich eine leichte Abschwächung der Konjunktur. Die Aufträge besonders aus dem Ausland gehen zurück. Einige Betriebe sind schon direkt betroffen. Ausser der Schnellpresse hat in Baden- Württemberg auch die Württembergische Metallwarenfabrik Kurzarbeit eingeführt. Für die Arbeiter und Angestellten ist die abwärts gerichtete Konjunktur besonders in Hinblick auf die Lohnkämpfe im Herbst bei Auslaufen der Tarifverträge wichtig. Wenn die Produktion eingeschränkt wird, haben die Arbeiter nicht die starke Position, die sie bei den Septemberstreiks hatten, als die Unternehmer auf jede Arbeitskraft angewiesen waren. Die Ig Metall spricht davon, dass es zu harten Lohnkämpfen kommen werde. Im September 1969, als ihre Position noch stark war, mussten die Arbeiter ihre Lohnkämpfe gegen den Willen der Gewerkschaften durchsetzen.

Im September 1970 muss vielleicht schon für die Erhaltung der Arbeitsplätze gekämpft werden. Schon jetzt sind die Arbeitsplätze der ausländischen Arbeiter bei der Firma Schnellpresse in Gefahr. Ihre Verträge laufen zum grössten Teil im Herbst aus. Ein Teil der Verträge soll nicht erneuert werden.

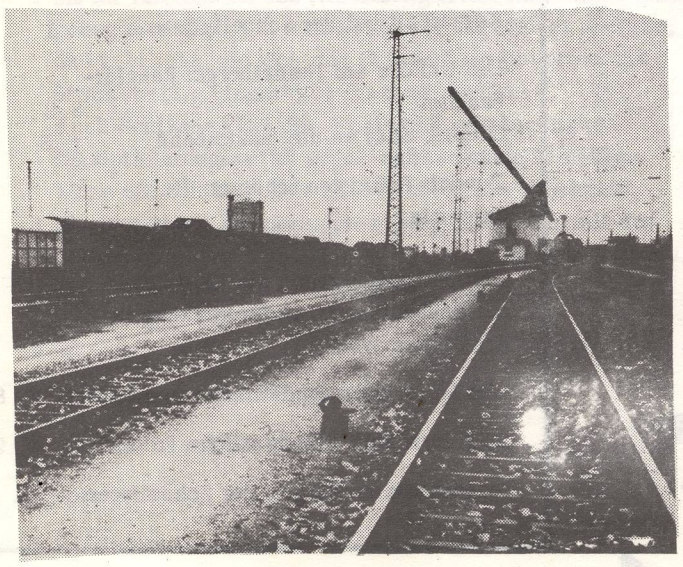
Vor allem scheint es notwendig, zu verhindern, dass die Betriebsleitung diejenigen ausländischen Arbeiter aussiebt, die am bewusstesten für die Arbeiterinteressen eingetreten sind. Die Meister, die der Betriebsleitung die Empfehlung geben, welche Verträge zu verlängern sind, müssen von den Kollegen unterstützt werden bzw. dazu gebracht werden, ein solches Verfahren nicht mitzumachen. Schon jetzt werden die Bandgeschwindigkeiten dort gesteigert, wo hauptsächlich ausländische Arbeiter arbeiten. Die ausländischen Arbeiter haben beim Streik vor Weihnachten bewiesen, dass sie mit den deutschen Kollegen solidarisch handeln.

Eine Krise gibt den Unternehmern ein starkes Mittel in die Hand, die Solidarität der Arbeiter zu brechen, wenn der Arbeitsplatz bedroht ist.

Dagegen hilft nur die Geschlossenheit aller Arbeiter und Angestellten. Es gibt Beispiele, daß sich Arbeiter auch in einer Situation, wo ihre Arbeitsplätze gefährdet waren, durch geschlossenes Handeln gegen geplante Feierschichten und Entlassung einzelner Kollegen gewehrt haben. Auch bei Kurzarbeit muß die Betriebsleitung der Schnellpresse befürchten, daß die Arbeit von den Arbeitern selbst ganz eingestellt wird, und die Betriebsleitung der Schnellpresse weiß genau, daß sie auf die Arbeit vieler Kollegen, die schon lange im Betrieb arbeiten, angewiesen ist. Diese Stärke gilt es auch in Krisenzeiten zu nutzen.

Die Unfälle am Heidelberger Rangierbahnhof

Erneut schwerer Arbeitsunfall am Rangierbahnhof Heidelberg



Einen Tag vor Ostern verunglückte der 27-jährige Hemmschuhleger Peter Dasler auf dem Rangierbahnhof Heidelberg. Er wurde bei der Arbeit von einem Zug überrollt. Ein Fuß und ein Bein wurden abgequetscht und mußten amputiert werden. Knapp acht Wochen später las man in der Zeitung erneut von einem schweren Arbeitsunfall, wieder am Rangierbahnhof. Opfer dieses Unfalls wurde der 56-jährige Rangieraufsichtsbeamte Heiner Meier. Er wurde an der sogenannten Gleisbremse von einem Waggon erfaßt und überrollt. Ihm mußte das rechte Bein amputiert werden.

Wie reagierten die verantwortlichen Herren auf Seiten der Bundesbahn?

Zunächst versuchte man oben mit allen Mitteln zu "mauern". d.h. die "ganze Angelegenheit" betrachtete man als "Betriebsinterne Angelegenheit" und man hielt es für völlig unnötig, die Öffentlichkeit zu informieren, geschweige denn die Staatsanwaltschaft und Kriminalpolizei in die Ermitt-

lung der wahren Ursachen des Unfalls einzuschalten. Auch nach dem zweiten Unfall keine andere Reaktion. Mehrere Arbeitskollegen von P. Dasler und Heiner Meier machten dieser Taktik der Unternehmensverwaltung Bundesbahn allerdings daraufhin einen dicken Strich durch die Rechnung und den Versuch, die Arbeiter für dumm zu verkaufen. Sie gingen zur Zeitung, schilderten die Zustände in ihrem Betrieb und brachten damit die Sache ins Rollen. Gleichzeitig erhob man die Forderung nach einer Gesamtpersonalversammlung zum Thema Arbeitsbedingungen und Sicherheit. Die leitenden Herren hatten damit erst mal die Presse am Hals und die Öffentlichkeit erfuhr, was grundsätzlich faul an diesem Arbeitsplatz ist. Man wurde nervös und erklärte man halte die Unfälle für menschliches Versagen, für tragisch und bedauerlich. Andererseits ging man auf einmal so weit, ein Selbstverschulden der Unfallopfer zu konstruieren, und erklärte im gleichen Atemzug zynisch: Dasler kannte seine Arbeit, man sei immer mit ihm zufrieden gewesen, aber er sei halt ein Opfer seiner Gewissenhaftigkeit geworden. Das heißt mit anderen Worten: er war ein guter Arbeiter solange er seine Knochen hingehalten hat, wenn sie jetzt ab sind, ist das halt Schicksal.

Offener Brief an die Bundesbahn.

(gemeinsam verfaßt von Arbeitern, Angestellten und Beamten am Rangierbahnhof Heidelberg) Juni 1970

WIE VIELE KNOCHEN SOLL ES NOCH KOSTEN BIS ENDLICH GEHANDELT WIRD ?

Zum zweitenmal innerhalb kurzer Zeit ist ein Kollege von uns am Rangierbahnhof Heidelberg bei der Arbeit schwer verunglückt. Zum zweitenmal muß an Beinen amputiert werden. Es ist uns allen nicht danach zumute, daraufhin mit aus der Luft gegriffenen Behauptungen Wirbel in der Presse zu machen. Wir müssen aber hiermit mit einigen unbequemen Tatsachen die Öffentlichkeit informieren.
Die Häufung von schweren Unfällen im Bereich der Bundesbahn, gerade in jüngster Zeit, und nicht nur am Rangierbahnhof Heidelberg, (3 Unfälle und Zugentgleisungen in Niedersachsen nacheinander), hat die Öffentlichkeit zu recht hellhörig gemacht. Die Zustände am Heidelberger Rangierbahnhof sind keinerlei Ausnahmeerscheinungen, sie sind nur besonders krass.

Wir fragen uns deshalb: "Soll es unverändert so weitergehen? Wer ist der Nächste von uns, den es erwischt, wie sehen die Folgen weiterer Unfälle für uns und unsere Familien aus? Wann endlich hält es die Bundesbahn für nötig von ihrem eigenen Versagen zu sprechen? Vor der Öffentlichkeit Farbe zu bekennen und schleunigst die gröbsten Mißstände abzustellen?"
Wir als Eisenbahner sind uns voll bewußt, daß wir im Interesse der Allgemeinheit einen besonders gefährlichen Beruf Tag und Nacht, an Sonn- und Feiertagen ausüben. Wir erfüllen diese Pflicht seit Jahren und manche von uns seit Jahrzehnten. Wie Kollegen an anderen Arbeitsplätzen auch, haben wir geduldig manche Überbelastung ertragen und weitergearbeitet. Seit Jahren verfolgen wir allerdings auch, daß uns von Tag zu Tag mehr zugemutet wird, daß Arbeitsdruck und Arbeitstempo ständig höher geschraubt werden, und daß kein Ende dieser wachsenden Überbeanspruchung abzusehen ist, im Gegenteil. Der Verkehr nimmt ständig zu (pro Schicht zwei, drei oft vier Sonderzüge) - Auswirkungen der Hochkonjunktur. Doch wir warten seit Jahren vergeblich auf die entsprechende Hochkonjunktur in unserem Geldbeutel! Man speist uns meist mit einem lächerlichen Almosen ab, angesichts der Preissteigerungen, Mieterhöhungen usw.; und vor allem mit einem Berg von Versprechungen. Versprechungen nicht nur von Seiten der Bundesbahn, sondern leider auch von Seiten unserer eigenen Interessenvertretung - der Eisenbahnergewerkschaft.
Wir sind uns deshalb besonders der Gefahr bewußt, die für unseren Arbeitsplatz und unsere Existenz entsteht, wenn wir uns auf diese Weise an die Öffentlichkeit wenden. Es gehört Mut und Zivilcourage aber vor allem jahrelang angestaute Wut und Erbitterung dazu. Es wurde uns nämlich von Seiten des Chefs offen mit fristloser Kündigung gedroht, wenn man herausbekäme wieviele und welche Kollegen einmal offen ihre wirkliche Meinung sagen, und kein Blatt vor den Mund nehmen, was zwangsläufig bei den üblichen Personalversammlungen nicht geht.

Trotz dieser massiven Einschüchterungsversuche halten wir unsere Interessen als Arbeiter und Beamte für wichtiger, unser Leben und unsere Gesundheit wichtiger als die Interessen des Unternehmens Bundesbahn.
Wir halten es vor allem für an der Zeit, endlich auch einmal an unsere Forderungen zu denken. Wir haben nämlich die Nase gestrichen voll und lassen uns nicht länger unter Hinweis auf unsere Pflichten, von der Bundesbahn mit immer neuen Dienstbefehlen, sprich: noch mehr Arbeit und Risiko, überschütten.

So unbequem es der Bundesbahn auch sein mag, wir müssen folgendes feststellen:

1) Seit Jahren plant die Bundesbahndirektion Karlsruhe den Um - und Neubau des Rangierbahnhofs Heidelberg. Seit Jahren weiß man also an verantwortlicher Stelle, daß der Bahnhof dafür überreif ist, zumal er als Eilgüterbahnhof technisch überaltert, zu klein und heillos überlastet ist.

2) dieser Umbau war schon geplant für etwa die Mitte der sechziger Jahre. Seitdem wird Jahr für Jahr der Umbau verschoben. Seitdem wird jede entscheidende Neuerung im Interesse unserer Sicherheit, von der man viel spricht aber nichts dafür tut, jede Verbesserung der Arbeitsbedingungen mit dem Hinweis darauf verschoben, daß der Rangierbahnhof in allernächster Zeit umgebaut werde und Ausgaben deshalb nicht lohnen.

3) Wir sind inzwischen in den siebziger Jahren. In diesem Frühjahr sollte wiederum, diesmal bestimmt, der Umbau beginnen. Das Frühjahr ist rum, wiederum leere Versprechungen. Diesmal mit der Begründung: wichtige vorrangige Elektrifizierungspläne auf der Neckarstrecke. Gewiss:

Elektrifizierung der Strecken ist wichtig. Unsere Knochen, unsere Interessen als Menschen sollten wichtiger sein und an erster Stelle stehen. Den Beweis dafür bleibt uns die Bundesbahn seit Jahren schuldig.

4) Die Unfälle der letzten Zeit sind für uns, die Wirklichkeit in der Praxis täglich erleben müssen, keine "menschlich bedauerlichen" Zufälle aus heiterem Himmel. Dies gilt auch, wenn man es von Seiten der Bundesbahn so darzustellen versucht. Dazu hat man sich wohlweislich mit einem Berg von Vorschriften abgesichert, die nur den einen Hauptzweck erfüllen sollen, sich immer die Hände in Unschuld waschen zu können, indem man halt auf die Vorschriften verweist. In der Praxis sind aber alle Eisenbahner dazu gezwungen gegen die Vorschriften oft zu verstoßen, weil sonst die Arbeit überhaupt nicht zu bewältigen ist. Dennoch versucht man den Vorwurf der "zumindest Mitschuld" empört von sich zu weisen, wenn dennoch etwas passiert. Man spricht im Gegenteil allzu gern voreilig vom "menschlichen Versagen" der Unglücksopfer. Man sucht also in der Regel von vornherein die Schuld bei den Opfern, und nicht beim eigenen Versagen der Bundesbahn.

5) Die wirklichen Ursachen der sich häufenden Unfälle liegen in erster Linie in der seit Jahren völlig verfahrenen Personalpolitik der Bundesbahn! Ausgehend von dem Verkehrsaufkommen des Krisenjahres 1966, wurden tausende von Arbeitskräften "wegrationalisiert". Diese offensichtliche Unfähigkeit der Bundesbahnbürokraten, langfristige Berechnungen für die nötigen Planstellen aufzustellen, hat als logische Folge ein Personalchaos verursacht. Die Folgen die wir zu tragen haben sind: erzwungene Überstundenschinderei, riesige Freizeitansprüche für die bereits geleisteten Überstunden, die auch mit Geld nicht abgegolten werden können (Geld ist kein Ersatz für ruinierte Gesundheit) und erhebliche Urlaubsrückstände. Wen wundert es dabei überhaupt noch, wenn es bei dieser klar nachweisbaren, ständigen Überbeanspruchung zu Unfällen kommen muß.
Es ist ein unglaublicher Skandal, wenn trotz dieser Situation nach wie vor auch in Heidelberg weitere Rationalisierungsmaßnahmen versucht und durchgeführt werden. Wiederum ausschließlich auf unserem Rücken, zu unseren Lasten, auf unser Risiko. Wer trägt denn schließlich das wachsende Risiko im Außendienst, wenn weniger Personal wesentlich mehr Arbeit bewältigen muß? Bestimmt nicht die Herren hinterm Schreibtisch! Und wer wird für diese Art von Rationalisierung auch noch befördert? Wir bestimmt nicht!

6) Wenn von Seiten der Bundesbahn durch Entlassungsdrohungen, Mauschelpolitik und Verdächtigung der gewiß falschen Leute, Stimmung gegen sogenannte Spitzel unter den Kollegen gemacht wird, so erkennen wir nur zu genau, was mit dieser Taktik verfolgt wird, und wessen Interesse sie letzlich dient. Die Kollegen, die sich für die Interessen aller voll einsetzen, indem sie auch die Öffentlichkeit informieren, sollen zum Buhmann gemacht werden und isoliert werden. Den Grund, den wir für dieses Verhalten sehen, ist die wachsende Nervosität und die höllische Angst der Verantwortlichen davor, daß wir unsere Interessen erkannt haben und zunehmend zusammenhalten.

7) Das "Betriebsklima" ist auf dem Rangierbahnhof seit Jahren auf dem Nullpunkt angelangt. Das Vertrauensverhältnis zu den höheren Vorgesetzten und zur Gewerkschaftsvertretung ist total erschüttert. Darüber sollte sich niemand der Betroffenen wundern, wenn jahrelang eine Politik betrieben wurde, die gegen die Interessen des Gesamtpersonals gerichtet war. Jetzt helfen keine Ausflüchte, sondern nur klare Taten, die wir sehen können.

Hier sind unsere Hauptforderungen:

1) Radikale Änderung der Personalpolitik.
Einteilung von wesentlich mehr Personal pro Schicht.

2) Genaueste Einhaltung der zulässigen Belastung des Bahnhofs. 900 bis höchstens 1300 Waggons pro Tag.

3) Sofortige Bereitstellung von Geldmitteln, damit beschleunigt der längst überfällige Umbau in Angriff genommen werden kann.

4) Sofortige Aufstellung von neuen Beleuchtungseinrichtungen in der Ablaufgruppe D auf Gleis 10/11 und in Gruppe C Gleis 1 - 3. Dort ist es nachts immer noch dunkel, und nicht "taghell", wie die Bahnhofsleitung angibt.

5) Sofortige Planierung der Gleiswege in der Ablaufgruppe C. Besonders zwischen Gleis 4/5 und 8/9. Darüberhinaus in Gruppe D am Gleis 5 beim Stellwerk.

6) Wesentlich bessere Besoldung gemessen an unseren extremen Belastungen und Leistungen. Der Eisenbahner läßt sich nicht zum Stiefkind der Wohlstandsgesellschaft machen. Erhöhung aller Besoldungsgruppen, der Prämien, der Zuschläge und des Grundlohns für alle Bediensteten. (Arbeiter, Angestellte und Beamte in der Laufbahn).

7) Offenlegung der bürointernen Entscheidungen, z.B. bei der Postenvergabe. Größeres Mitentscheidungsrecht von Seiten des Personals bei allen Entscheidungen. Eigener Aushang für das Personal für Beschwerden, Kritik und Vorschläge.

Wir fordern die Gewerkschaft und die Bundesbahn ultimativ auf, umgehend Sofortmaßnahmen zu ergreifen, und feste Zusagen zu machen. Dies gilt besonders für feste Termine und Maßnahmen zur Bewältigung des Herbstverkehrs. Sollte man zu Verzögerungsmaßnahmen greifen und Versprechungen machen, die wiederum nicht eingehalten werden, muß man sich der Folgen auch zu Lasten der Allgemeinheit bewußt sein. Es gab vor einigen Jahren schon einmal eine "Aktion Adler" - d.h. Dienst nach Vorschrift. Sie könnte sich wiederholen. Die Verantwortung für eine solche Entwicklung haben allein die Verantwortlichen der Bundesbahn und der Gewerkschaft zu tragen.

Angesichts des öffentlichen Interesses fordern wir die Bundesbahndirektion auf, zu diesen schwerwiegenden Vorwürfen in den nächsten Tagen auch öffentlich Stellung zu nehmen.

Zundel's Polizisten schützen die Faschisten

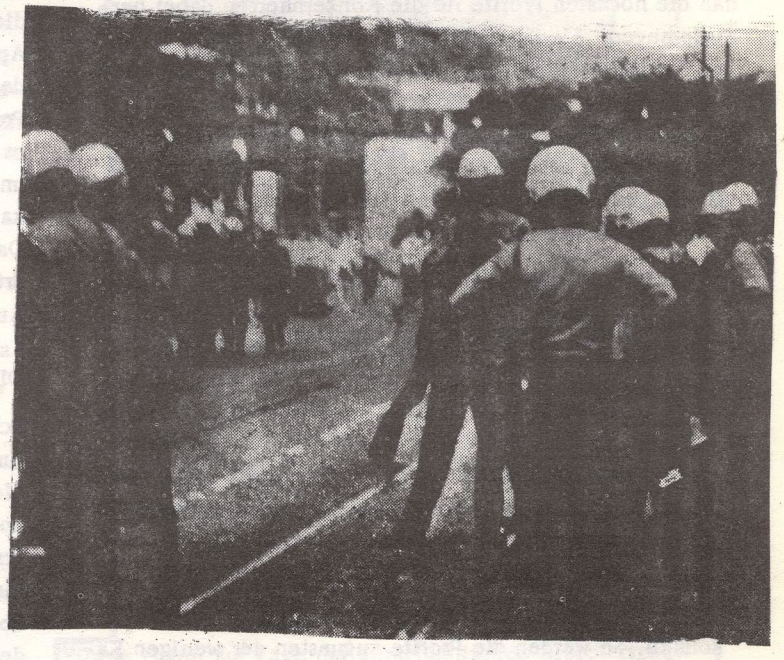
Am 17. Juni veranstaltete die NPD einen Fackelzug in Heidelberg. Dieser sollte die durch verschiedene Wahlen der jüngsten Zeit etwas abgebrannten Anhänger wieder anheizen. Die Fackeln der NPD erinnerten jedoch vor allem daran, daß man schon einmal die Welt in Brand gesteckt hat. Das deutsche Volk bezahlte damals mit über 6 Millionen Toten das sowjetische mit über 20 Millionen, und ebenso bluteten zahlreiche andere Völker. Die Arbeiterorganisationen, die der Garant der Demokratie sind, waren im Dritten Reich verboten. Das Arbeitbeschaffungsprogramm Hitlers (Autobahn, Westwall usw.) diente direkt der Kriegsvorbereitung. Man muß auch wissen, daß die Reallöhne im Dritten Reich beständig sanken. Der soziale Anstrich des Naziregimes war eine Tarnung, um die kleinen Leute in den Krieg zu führen. Dafür ist bezeichnend, daß Hitler sehr früh sich mit dem Großkapital (die "Wehrwirtschaftsführer") einigte und die eigenen sozialfaschistischen Elemente in der SA um Röhm 1934 liquidierte. Man kann daher sagen, daß der Nationalsozialismus eine Form der Aufrechterhaltung der Kapitalsherrschaft in Zeiten der äußersten Krisenhaftigkeit der kapitalistischen Wirtschafts"ordnung" ist.

Es ist eine Legende, wenn heute vor allem von SPD-Führern gesagt wird, die Weimarer Republik sei von rechts und links zerrieben worden. Richtig ist, daß die SPD Eberts und Noskes die deutsche Revolution von 1918/19 zerrieben hat. Damit wurde durch das Bündnis der SPD mit dem Bürgertum und Reichswehr die krisenhafte kapitalistische Wirtschafts-und Gesellschaftsordnung konserviert, die dann in die faschistische Diktatur Hitlers einmündete.

Diese verhehrenden Irrtümer sind in der heutigen Sozialdemokratie die ja auch ausdrücklich gar keine Arbeiterpartei mehr sein will, vollends zu "Wahrheiten" erhoben worden. Die SPD-Führer haben aus 1933 nichts gelernt, sie haben aus 1945 nichts gelernt. Allenfalls haben sie"gelernt", daß man nur so dumm daherreden muß wie die Faschisten, um hoffen zu können, daß einem die Faschisten nicht mehr angreifen. (Auch diese Hoffnung ist schon trügerisch gewesen

Ein Musterbeispiel dieser genannten "Erkenntnis-Richtung" ist Oberbürgermeister Zundel (SPD). Er ließ den Zug der NPD-Fackelträger laut Lokalpresse und nach unseren eigenen Beobachtungen von ca. 500 Polizisten und 4 Wasserwerfern schützen. Die über 1000 meist jugendlichen antifaschistischen Demonstranten hatten nicht Unrecht, als sie daraufhin riefen: "Zundels Polizisten schützen die Faschisten." Seit 1967, als er das Demonstrationsverbot für die Hauptstraße erließ, versucht Zundel ständig, linke Demonstrationen zu verbieten, und zugleich mit NPD und CDU ein möglichst enges Bündnis zu schließen. Es geht ihm dabei vor allem um seinen Posten, den er bei der OB-Wahl seinerzeit äußerst knapp errungen hat. Zundel weiß, daß in Heidelberg die Zahl der Beamten, Handwerker und Geschäftsleute, die gerne ein rechtsgerichtetes Gemisch bilden, relativ groß ist. Also versucht er durch ständige Anbiederungen - selbst an die NPD - und ständige Hetze gegen linke Demonstrationen seinen persönlichen Vorteil zu wahren. Zundel ist ein Opportunist, also ein Mensch, der seine Fahne ständig in den gerade herrschenden Wind hängt, auch wenn sie dabei braun wird. Als Opportunist handelt er so antidemokratisch.

In Hinblick auf die nächst OB-Wahl geht er schon jetzt weit nach rechts, damit CDU, NPD etc. gar keine eigenen rechten Kandidaten mehr aufbauen und präsentieren können. Diese Politik hat Zundel am 17. Juni erneut demonstriert. Obwohl die NPD am 17. Juni u.a. gefordert hat, seinen Parteivorsitzenden Willy Brandt aufzuhängen, ließ er sie durch seine Beamten schützen. Obwohl die NPD-Zeitungen ständig dreist behaupten, die Löhne der Arbeiter und Angestellten seien zu hoch, durften sie in Heidelberg ihre Lichter anzünden. Obwohl die NPD am 17. Juni ziemlich offen zu einem neuen Ostlandritt geblasen hat, schritt Zundel, der sich gern als Hüter der Verfassung aufspielt, nicht gegen diese Kriegshetze ein. Er ermöglichte dagegen diese Kriegshetze durch ein großes Polizeiaufgebot.
Die Demonstranten gegen die NPD sind nicht gegen die Verfassung, wie Zundel groteskerweise daher schwindeln möchte. Sie haben sie vielmehr als einzige am 17. Juni geschützt - und nicht Zundel, der mit 500 Polizisten die NPD schützte. Aber die antifaschistischen Demonstranten wissen zugleich, daß die herrschende Klasse jederzeit bereit ist, die Verfassung "umzudeuten" oder aufzuheben (Notstandsgesetze), wenn dies zum Schutz ihrer politischen und wirtschaftlichen Macht geboten erscheint. Deshalb war die Demonstration am 17 Juni ein wichtiger Ausdruck der Wachsamkeit und Kampfbereitschaft der antifaschistischen Jugend.



Demonstration gegen die Chefplaner der Ausbeutung und Unterdrückung der Dritten Welt

Am vergangenen Freitag tagten in Heidelberg prominente Spezialisten der "Entwicklungshilfe" im Hotel 'Europäischer Hof'. Dort wurde die weltweite Ausbeutung der unterentwickelt gehaltenen Länder durch die imperialistischen Mächte für die nächsten 10 Jahre geplant. Es ging um die Arbeitsteilung innerhalb der imperialistischen Politik, d.h. um überall die Länder der Herrschaft des Kapitals zu unterwerfen, wenn es sein muß mit Waffengewalt. Bei dieser Beratung wurden sie empfindlich gestört. Unter dem Druck der Demonstranten mußten sie ihre Tagesordnung mehrmals unterbrechen und konnten nur unter massivem und brutalem Polizeischutz über die bessere Ausbeutung und politische Unterdrückung der Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas verhandeln. Diese Demonstration vor dem in eine Polizeifestung verwandelten 'Europäischen Hof' wird jetzt lauthals als eine Gefährdung der Freiheit und Demokratie hingestellt. Wer bedroht denn aber in Wirklichkeit die Freiheit und Demokratie? Die Chefplaner der weltweiten Ausbeutung und Unterdrückung oder diejenigen, die gegen dieses System der Ausbeutung und des Völkermordes demonstrieren? Die Demonstration richtete sich unter anderem gegen die Anwesenheit des ehemaligen amerikanischen Kriegsministers McNamara. Dieser ergriff die Flucht als die Demonstranten das Treffen im 'Europäischen Hof' störten.

McNAMARA UND DIE ENTWICKLUNGSHILFE

McNamara ist der personifizierte Ausdruck dieser imperialistischen Politik. Er begann seine Karriere als Manager des Automobilkonzerns Ford. Dort hatte er dafür zu sorgen, daß die amerikanischen Arbeiter so ausgebeutet werden, daß die höchsten Profite für die Konzernherren dabei herausprangen. Als Kennedy, ein Vetreter der großen amerikanischen Konzernherren, an die Macht kam, wurde McNamara in das amerikanische Kriegsministerium entlassen, wo er den Vietnamkrieg zu managen hatte; damit die Herrschaft der USA in Südostasien erhalten blieb und damit die Profite seiner früheren Auftraggeber in diesem Teil der Erde gesichert waren.

Als das vietnamesische Volk erfolgreich dagegen kämpfte den Profitinteressen der amerikanischen Konzernherren unterworfen zu werden, und der Krieg im Vergleich zu den zu erwartenden Profiten zu teuer wurde, stieg McNamara um. Er wurde Präsident der Weltbank. Hier ist seine Hauptaufgabe der Export von Kapital für die sogenannte Entwicklungshilfe. Beim Kapitalexport werden die Profite, die durch die Arbeit von europäischen und amerikanischen Arbeiter geschaffen sind, in andere, unterentwickelt gehaltene Länder ausgeführt, damit die Arbeitskräfte und die Reichtümer dieser Länder ebenfalls ausgebeutet werden können. So werden die Profite zugunsten der wenigen Kapitalisten vervielfacht.

DIE PROVOKATION DURCH DIE IMPERIALISTISCHEN CHEFPLANER UND ZUNDELS POLIZEIEINSATZ

Nicht allein die Person McNamaras, die für die Einheit von "Entwicklungshilfe" und imperialistischer Aggressionspolitik steht, die ganze Tagung war eine ungeheure Provokation für die antiimperialistische Linke, und im Grunde für alle, die wollen, daß mit der kriegerischen Unterdrückung der Dritten Welt Schluß gemacht wird. Zuerst laden die verantwortlichen Herren McNamara ein, und provozieren bewußt die breite demokratische und antiimperialistische Bewegung in Heidelberg. Dann verwandeln sie Heidelberg in eine einzige Polizeifestung, und schließlich beklagen sie sich bitter, wenn es zu scharfen Auseinandersetzungen kommt. Diese Klage ist eine üble Heuchelei. Über ihre Provokation waren sich die verantwortlichen Herren durchaus im Klaren.

Nicht umsonst hatten sie eine ganze Bürgerkriegsarmee aufgeboten. 625 Polizisten waren in Heidelberg zum Einsatz gekommen. Dazu 4 Wasserwerfer, 2 Panzerspähwagen (!) und ein Hubschrauber. Gleich zu Beginn wurde die Demonstration am Universitätsplatz durch behelmte Polizeibeamte eingekeilt, die den Zug zu beiden Seiten begleiteten. So wurde von Anfang an den Demonstranten die Konfrontation aufgezwungen, die sie nur annehmen konnten, andernfalls hätten sie sich dem militärischen Druck und den massiven Einschüchterungsversuchen von Seiten der Polizei unterwerfen müssen, die jede mögliche gewaltlose Protestform von vornherein ausschlossen. Die Demonstranten ließen sich aber von den Bullen nicht wie von Viehtreibern durch die Stadt führen, und erkämpften sich die Demonstrationsfreiheit auch gegen die terroristischen Angriffe der Polizei. Der massive militärische Schutz der Konferenz bedeutete aber, daß noch nicht einmal der Protest wirksam vorgetragen werden konnte. Deshalb war es am Freitag richtig, die Konfrontation aufzunehmen, und sich gegen die Angriffe der zur wütenden Soldateska heruntergekommenen Polizeitruppe zu wehren. Das allein konnte praktische Solidarität mit den unterdrückten Völkern bedeuten, über deren wirksamere Ausbeutung im 'Europäischen Hof' verhandelt wurde.

DIE WIRKSAME ABWEHR DER POLIZEIANGRIFFE

Schon früh durchbrachen die Demonstranten die Einkesselung, und ein Teil schwenkte von der Hauptstraße durch die Akademiestraße in die Friedrich-Ebert-Anlage ab, und traf hier auf einen starken Sperriegel der Polizei. Erst nach längeren härteren Auseinandersetzungen und nach Einsatz von Tränengas zogen sich die Demonstranten über die Hauptstraße zum Bismarckplatz zurück. In der Sophienstraße konnten mehrere Angriffe der Polizei erfolgreich abgewehrt werden; und auch als die Polizei in wilden Horden den Bismarckplatz stürmte, traf sie in ihrer wahllosen Knüppelei wohl mehr Passanten und Zuschau-

er, als daß sie Demonstranten erwischte. Lediglich 7 Demonstranten konnten festgenommen werden. Der wahnwitzige Vorwurf des "versuchten Vorschlags" gegen den Demonstranten Dieter Wesemann mußte bald fallengelassen werden und erwies sich als bloßer Propagandatrick, ebenso wie das Gerücht, ein Beamter liege im Sterben. Gegen 16.20 Uhr beschlossen die Demonstranten sich organisiert zum Universitätsplatz zurückzuziehen und die Demonstration zu beenden, die trotz wütender Angriffe nicht zerschlagen werden konnte.

Gegen 17.00 Uhr waren die Demonstranten abgezogen und viele Passanten betrachteten sich lediglich noch verwundert das riesige Polizeiaufgebot. Das beunruhigte den obersten Polizeichef Zundel dermaßen, daß er noch einen weiteren Tränengas-und Wasserwerfereinsatz befahl, und die Zuschauer und Passanten auseinandertreiben ließ.

Nachdem schon das Mittagessen und der Empfang der Stadt im 'Kurpfälzischen Museum' ausfallen mußten, wurde auch das Serenadenkonzert im Schloß abgesagt. Nicht nur dadurch war die Tagung empfindlich gestört worden. McNamara habe auf seinem Empfang mit "eisernem Gesicht" dagesessen, berichtete Zundel, der sich "für Heidelberg geschämt" hat, wobei Zundel sich aber neben dem Kriegsverbrecher McNamara sehr wohl fühlte.

DIE UNTERDRÜCKUNG DER DEMONSTRATIONEN DER SOZIALISTISCHEN LINKEN

Am Abend beschlossen etwa 1 500 Teilnehmer eines Teach-ins eine Solidaritätsdemonstration für Dieter Wesemann durchzuführen, der zu diesem Zeitpunkt immer noch festgehalten wurde. Als einziger von den Festgenommenen war er ein bekannter SDS-Genosse, dem man offensichtlich die Niederlage im AStA-Prozeß (Wesemann gehörte zu den freigesprochenen Angeklagten) heimzahlen wollte.
Bei dieser Demonstration offenbarte sich wider einmal das Verständnis des Demonstrationsrechts durch die Polizei.

Die Demonstration gegen die NPD am 17. Juni sollte laut Polizeilautsprecher aufgelöst werden, weil "sie nicht angemeldet" war. Die Demonstration am Freitagabend war ein klassischer Fall einer spontanen Demonstration, zu der sich die Teach-in Teilnehmer sofort entschlossen, nachdem sie von der Verhaftung Wesemanns gehört hatten. Es bestand keine Handhabe , sie zu verhindern. Nach der Aussage eines treuherzigen Beamten hatte die Polizei aber sowieso die Anweisung jede Ansammlung sofort aufzulösen. Zu diesem Zweck schreckte sie auch nicht davor zurück, in die Räume der Universitätä einzudringen , und mußte hinterher lauter Lügen erfinden, um sich zu rechtfertigen.

Die Demonstration aber ließ sich nicht verhindern. Die Demonstranten sammelten sich am Bismarckplatz, markierten in einem kurzen Angriff das Polizeipräsidium als Zentrale des militärischen Einsatzes und zogen in einem großen Demonstrationszug zur Uni zurück. Die zahlreiche Beteiligung an dieser Demonstration , die sich während ihres Verlaufes ständig vergrößerte, führte offensichtlich dazu, daß die Polizei zurückgepfiffen wurde und nicht mehr eingriff.

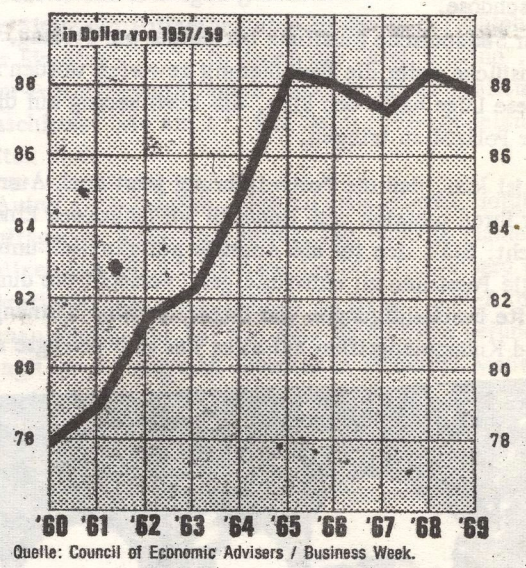
ZUNDELS STÄNDIGE VERSUCHE, DIE DEMOKRATISCHEN UND SOZIALISTISCHEN DEMONSTRATIONEN ZU VERBIETEN.

Zundel seinerseits will seinen alten Traum verwirklichen, jede Demonstration oppositionellen Charakters (NPD-Demonstrationen natürlich nicht) zu verbieten, und tut so, als sei das ganz was Neues. Damit kann er niemanden täuschen. Jeder weiß, daß er sich seine Gründe wie ers braucht, zusammensucht, sei es die "Verkehrssicherheit" (1967) oder sei es die "Gewalttätigkeit" der Demonstranten oder gar die "Verfassungswidrigkeit" des Demonstrationszieles selbst.

OB Zundel droht dem SDS jetzt wieder, wie schon so oft, ein Demonstrationsverbot an. Muß dem Oberbürgermeister noch einmal gesagt werden, daß sich Massendemonstrationen nicht verbieten lassen, sondern erst aufhören, wenn die Ursachen und Anlässe beseitigt sind, auf die sie antworten?

US-Arbeiter unter Inflationsdruck

Wöchentlicher Reallohn nach Steuerabzug für Verheiratete mit zwei Kindern.



Quelle: Council of Economic Advisers / Business Week.

Ein verheirateter US-Arbeiter mit zwei Kindern erhielt Ende 1969 nach Berechnung des Bureau of Labor Statistics einen durchschnittlichen Brutto-Wochenlohn von 115,44 Dollar (1965: 95,80 Dollar). Nach Abzug der Bundessteuern und der Sozialabgaben brachte er jedoch bei Umrechnung in Dollar von 1957/59 nur 78,49 (1965: 78,88 Dollar) nach Hause. Somit steht der Durchschnittsarbeiter der US-Privatindustrie nach einem beispiellosen wirtschaftlichen Boom jetzt schlechter da als vor vier Jahren.
Das amerikanische Wirtschaftsmagazin „Fortune" ergänzte den Vergleich am Beispiel General Electric, bei deren Turbinenwerk in Schenectady ein verheirateter Durchschnittsarbeiter mit zwei Kindern Ende 1969 nach Steuerabzug und Umrechnung auf Dollars von 1957/59 nur noch 93,96 gegen 101,26 Dollar im Jahre 1965 in der Lohntüte hatte.

Einige Daten zur Lage der amerikanischen Arbeiterschaft - als Ergänzung zu dem Artikel über die Pro - Nixon - Demonstrationen in den USA, im ROTEN KOMMENTAR , vom 10.6.70

rolizei dementiert Gerüchte

Die Demonstration am Freitag hat nicht nur viele erregt, sie hat auch Gerüchte erzeugt, die gestern in der Stadt die Runde machten: Danach sei ein Polizist gestorben, ein anderer erblindet. Beides wurde gestern von der Polizei dementiert. Bleibt die Frage, wer ein Interesse daran haben kann, derart bittere Gerüchte auszustreuen.

Heidelberger Tageblatt vom 23.6.

Wer ist an der Panikmache interessiert?

Am Montag waren einige Hundertschaften Polizei nach Heidelberg gebracht worden, angeblich weil die Studenten die Polizeireviere stürmen wollten. Nichts dergleichen geschah.

Die Polizei gab bekannt, bei einem Demonstranten sei am Freitag ein Molotowcocktail gefunden worden. In Wirklichkeit war dieser "Molotowcocktail" eine Feuerlöschdose.

Der Süddeutsche Rundfunk berichtete am Freitag, daß Eisenstücke unter die Bevölkerung geworfen worden seien. Diese Lüge hatte den Sinn, die Bevölkerung auf die Seite der Polizei zu bringen.

Es ist klar, daß die Polizeiführung jetzt nach Ausreden für ihren brutalen und dennoch wirkungslosen Einsatz sucht. Statt sich für die Angriffe auf gänzlich unbeteiligte Passanten zu entschuldigen, versucht sie durch lügenhafte Beschuldigungen von ihren brutalen Tränengas- und Knüppelangriffen auf alles was sich bewegte abzulenken. So ist auch die Anschuldigung des "versuchten Totschlags" gegen den Demonstranten Dieter Wesemann zu interpretieren. Nachdem Dieter Wesemann am Samstag freigelassen werden mußte, weil die Anschuldigung nicht aufrecht erhalten werden konnte, wurde auf Betreiben der Staatsanwaltschaft ein neuer Haftprüfungstermin für Dienstag festgesetzt, bei dem ein Haftbefehl erwirkt werden sollte, was aber abgelehnt wurde. Außerdem versucht die Staatsanwaltschaft erneut, Wesemann den wahnwitzigen Vorwurf vom Freitag wieder anzuhängen.

Mit diesen Beschuldigungen soll die Unruhe, die durch den Polizeiterror unter der Bevölkerung entstanden ist gegen die Demonstranten gelenkt werden. Zundel und seine Polizie haben ein Interesse an falschen Behauptungen und üblen Gerüchten . Sie wollen davon ablenken, daß sie Heidelberg in eine Polizeifestung verwandelt haben, um so die Beratungen der Strategen des Imperialismus vor dem antiimperialistischen Protest zu schützen.

DGB verurteilt demokratische Proteste

Der DGB hat wiederholt erklärt, daß zwischen den Arbeitnehmern und dem SDS eine Zusammenarbeit nicht mehr möglich ist. Die Vorfälle am Freitag, 19.6., haben dies erneut bestätigt. Wie schon bei früheren Aktionen des SDS hat es sich gezeigt, daß diese politische Gruppe ihre Ziele durch Gewalt erreichen will. Diese Aktionen bringen nicht nur das Demonstrationsrecht in Mißkredit, sondern stärken auch jene Kräfte, die mit dem Ruf nach Ordnung und dem starken Mann die Vorfälle vom letzten Freitag für ihre Ziele mißbrauchen wollen.

Das Verhalten der Polizei war korrekt und umsichtig und konnte nicht als Provokation ausgelegt werden. Wir können nicht zulassen, daß unsere gewerkschaftlich organisierten Polizeibeamten derart beleidigt und diskreditiert werden.

Wir sind uns der Mängel unserer Gesellschaftsordnung bewußt. Wir sind aber auch mit den fortschrittlichen Kräften unserer Gesellschaft darin einig, daß nur durch vernünftige Diskussionen und Aktionen eine fortschrittliche Mehrheit in der Bevölkerung gefunden werden kann. Die Bevölkerung kann nur gewonnen werden durch überzeugende, in die Zukunft weisende Alternativen, die die Mängel unserer und anderer Gesellschaftsordnungen aufzeigen und gangbare Wege zur Veränderung darlegen. Dies erreicht man nicht durch Gewalt, sondern durch überzeugende politische Arbeit.

Heidelberger Tageblatt vom 22.6.

In den ROTEN KOMMENTAREN vom 15.5.70 stellten wir die Frage, ob die Presserklärung des DGB gegen die US-Aggression in Indochina nur eine Beruhigungspille für die Arbeitnehmer und die Öffentlichkeit gewesen sei.

Während der DGB damals unter dem Druck aus den Heidelberger Betrieben sich genötigt sah, den Einmarsch aufs Schärfste zu verurteilen, zeigt er nun, wie ernst es ihm damals gewesen ist.

Wer gegen Kriegshandlungen der Amerikaner in Kambodscha ist, kann zu der systematischen Planung der Ausbeutung der Völker der Dritten Welt nicht schweigen.
Doch der DGB hat nichts Eiligeres zu tun, als sich von den Studenten zu distanzieren, die den Protest gegen den Imperialismus konsequent fortsetzen und stellt sich hinter den Polizeieinsatz vom Freitag. Was der DGB "korrektes und umsichtiges" Verhalten der Polizei nennt, äußerte sich im massiven Einsatz von Wasserwerfern, Tränengas und Knüppeln gegen alles was sich auf der Straße bewegte.

Offen zynisch wird der DGB, wenn er versucht, mit dem Hinweis auf "gewerkschaftlich organisierte Polizeibeamte" Solidaritätsgefühle bei den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern und Angestellten zu wecken. Die Funktionäre des DGB wissen genau, daß die Polizei schon immer als wichtigstes Instrument des Staatsapparats zur Niederschlagung von Arbeitskämpfen eingesetzt wurde und durch die Notstandsgesetze im Hinblick auf kommende Arbeitskämpfe "grundgesetzlich" ermächtigt ist, auf streikende Arbeiter zu schießen. Die richtigen gewerkschaftlichen Forderungen im Sinne der Polizeibeamten liegen in der Ablehnung solcher Einsätze , in denen der "kleine Mann", hier der Polizeibeamte, seine Knochen für Kapitalisten und Faschisten, wie am 17. Juni beim NPD-Fackelzug, hinhalten muß.

Dem Aufruf SPD-Zundels, sich zu distanzieren, folgten die Wasserträger im DGB-Haus sofort. Das Bündnis Zundels, der Polizei und der Funktionäre des DGB Heidelberg gegen demokratische Proteste anläßlich der Rote-Punkt-Aktion vor genau einem Jahr hat nun eine Neuauflage gefunden. Die Angst davor, daß sich Arbeiter in größerem Maße an demokratischen Massendemonstrationen beteiligen, bringt die DGB-Funktionäre zu dem Versuch, mit demagogischen Mitteln, ein Bündnis zwischen den fortschrittlichen Arbeitern und Studenten von vornherein auszuschließen.

Jugendversammlung in der Schnellpresse.

Wie die Rote Kommentarredaktion von Jugendvertretern der Schnellpresse erfuhr, fand am 21.5.70 bei der HD Druckmaschinen AG in Heidelberg eine Jugendversammlung statt. Sie war durch die im November neu gewählte Jugendvertretung einberufen worden.
Diese Jugendvertretung hatte erstmals damit begonnen, sich für konkrete Belange der Lehrlinge einzusetzen, was man von den früheren Jugendvertretungen der Schnellpresse nicht unbedingt sagen konnte. Die Reaktion der Geschäftsleitung auf die ungewohnte Aktivität ließ nicht lange auf sich warten: Zuerst versuchte sie die einzelnen Jugendvertreter mit persönlichen Vergünstigungen "einzukaufen", als das nichts half, versuchte sie es mit betrieblichen Druckmitteln (Schikanen, unsinnige Arbeiten).

Dadurch ließen diese sich aber ebensowenig beirren, wie durch den Versuch, die Volksschüler unter den Lehrlingen gegen die Mittelschüler auszuspielen.
Die Jugendversammlung am 21.5. wurde erstmals von der Jugendvertrtung selbst einberufen und geleitet. Die Lehrlinge sollten dort ihre Probleme diskutieren und die Jugendvertretung in ihren Forderungen an die Geschäftsleitung unterstützen. Die Kritik , die auf der Versammlung vorgetragen wurde, richtete sich besonders gegen folgende Mißstände: Serienarbeiten in der Lehrwerkstatt, militärische Erziehungsmethoden, innerbetriebliche Schikanen.
90% aller Arbeiten der Lehrwerkstatt sind Serienarbeiten d.h. es sind Arbeiten, die in die Produktion eingegliedert sind. Außerdem müssen diese Arbeiten von den Lehrlingen

praktisch im Akkord geleistet werden, da das Tempo der Maschinen elektronisch vorprogrammiert wird. Solche Serienarbeiten sind für die Ausbildung natürlich so gut wie wertlos. Es kommt z. B. vor, daß vier Wochen lang das gleiche Werkstück bearbeitet werden muß. Schon seit längerer Zeit lautete deswegen die Forderung der Jugendvertrtung an die Geschäftsleitung: Die Serien - arbeiten müssen aus der Lehrwerkstatt raus!

Das wurde nach der Jugendversammlung von der Geschäftsleitung auch zugesichert - bis heute wurde dieses Versprechen nicht eingelöst. Kein Wunder, denn Lehrlinge, die Serien arbeiten innerhalb der Produktion ausführen sind billige Arbeitskräfte und erhöhen den Profit des Unternehmers.

Die Serienarbeiten bringen auch noch weitere Schwierigkeiten für die Lehrlinge. Zeichnet der Lehrling in sein Berichtsheft 4 Wochen das Werkstück, was er bei der Serienarbeit bearbeitet, so wird das nur einmal benotet. Um mehrere gute Noten zu bekommen, zeichnet er deshalb andere Werkstücke, die er garnicht bearbeitet hat. Dies schadet ihm aber nur selbst bei der Prüfung, wenn er über das nie von ihm behandelte Werkstück Auskunft geben soll. Die Forderung der Lehrlinge konnte hier wieder nur Abschaffung der Serienarbeit heißen.

Die Berichtshefte der Schnellpresse Lehrlinge müssen immer noch in der Freizeit angefertigt werden. Dies verstößt eindeutig gegen §7 des Berufsbildungsgesetzes. Die Jugendvertretung forderte deshalb, das Anfertigen der Berichtshefte in die Arbeitszeit zu verlegen, wie dies in anderen Betrieben (Kraft-Anlagen in HD, Mecano in Eberbach) bereits getan wird.

Heftige Kritik äußerte die Jugendvertretung an den militärischen Erziehungsmethoden im Betrieb. Auf ihr Drängen war zwar bereits vor dem Stattfinden der Jugendversammlungdas morgentliche Antreten und Aufrufen endgültig abgeschafft worden. Dies blieb aber nicht der einzige Kritikpunkt. So kommt es immer noch vor, daß Lehrlinge solange wieder zum Friseur geschickt werden, bis ihr Haarschnitt den Ausbildungsleiter militärisch kurz genug erscheint. Die Ausbildungsleitung ließ es auch zu, daß Lehrlinge, die sich mit Coladeckeln bewarfen, zur Strafe dreißig Liegestütze machen mußten.
Auch Schikanen bei der Arbeit sind gebräuchliche Disziplinierungsmittel gegen aufmuckende Lehrlinge. Wenn ein Lehrling, der das Feilen bereits beherrscht, ein Werkstück, das normalerweise gefräst wird, mit der Feile bearbeiten muß, dann ist das eindeutig ein Versuch, den Betroffenen zu schikanieren.

Bei der anschließenden Diskussion zwischen Lehrlingen und Ausbildern, glaubte der anwesende Ausbildungsleiter, die lehrgesellen gegen die Lehrlinge ausspielen zu können. Die Lehrlinge aber versuchten den Lehrgesellen klarzumachen, daß sie und die Lehrgesellen gemeinsame Interessen gegenüber der Geschäftsleitung haben.

Die in dieser Jugendversammlung entstandene Solidarität unter den Lehrlingen bereitet der Geschäftsleitung jetzt offensichtlich Kummer: Sie glaubt die Aktivität der Lehrlinge auf dem Weg über deren Eltern bremsen zu können. Zwei Lehrlinge, die sich bei der Diskussion durch kritische Beiträge hervorgetan hatten, wurden einige Tage später deswegen von ihren Eltern auf Veranlassung der Geschäftsleitung unter Druck gesetzt.

Aber die Lehrlinge der Schnellpresse werden sich nicht daran hindern lassen, ihre Interessen in die Hand zu nehmen.
Die Jugendvertretung der Schnellpresse erklärte der Redaktion der Roten Kommentare, daß sie jederzeit bereit sei, mit Jugendvertretern anderer Heidelberger Betriebe Informationen auszutauschen und gegebenenfalls zusammenzuarbeiten.

Berichtigung:
Im ersten Teil des Artikels über das Betriebsverfassungsgesetz (ROTE KOMMENTARE v. 10.6.70) ist uns ein Fehler unterlaufen. Die ersten 8 Zeilen des 4. Absatzes gehören an den Schluß des 4. Absatzes, Artikels. Die Fortsetzung dieses Artikels können wir aus technischen Gründen erst in der nächsten Nummer der ROTEN KOMMENTARE abdrucken.